

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 3 (1962)
Heft: 43

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Militär

UdSSR Wink mit Raketen

Als während des letzten Weltkrieges Radio Moskau die lakonische Meldung ausstrahlte, in Zukunft hätten die russischen Soldaten ihre Vorgesetzten wieder zu grüssen, horchten nur wenige Leute auf. Doch jene Meldung bedeutet einen Wendepunkt für die Rote Armee. Von nun an wurde der Begriff Disziplin gross geschrieben. Heute vollends gemahnt die Lektüre sowjetischer Militärzeitschriften und militärischer Reglemente an Nazidrill und -straffheit. Aus den rotarmistischen Hornden wurde eine hierarchisch geführte Streitmacht geschmiedet.

In der sowjetischen Militärzeitschrift «Kommunist Woorushennyh Sil» 6/62 haben die beiden Sowjetobersten W. Glasow und J. Sheltikow über «Die wachsende Stärke der sowjetischen Streitkräfte» berichtet. Die beiden Autoren befassen sich vorwiegend mit Ausrüstungsfragen der sowjetischen Streitkräfte im Zeitalter des Raketen- und Nuklearkrieges. Ihre Schlussfolgerungen verdienen Beachtung. Sie sprengen den Rahmen des Technischen. Sie beziehen sich auf den Menschen. «Die technischen Kampfmittel und die Bewaffnung, das ist die materielle Grundlage der Gefechtsbereitschaft der Streitkräfte», führen die beiden Offiziere aus. «Es ist die Pflicht eines jeden Soldaten, Unteroffiziers und Offiziers, diejenigen Waffen und technischen Kampfmittel, die sie im gegebenen Moment in den Händen haben, ausgezeichnet anwenden zu können. Um ein echter Meister seines Faches zu werden, muss man seine Waffe nicht nur ausgezeichnet kennen, sondern muss auch in der Lage sein, sie unter beliebigen, unter kompliziertesten Bedingungen anzuwenden. Zur Aneignung der militärischen Meisterschaft ist allein das tägliche Training nicht ausreichend, dazu ist die volle Anspannung aller geistigen und körperlichen Kräfte erforderlich.»

Auf welcher Grundlage allerdings diese militärische Verantwortlichkeit und Disziplin herbeigedrillt werden soll, wird ebenso unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: «Die wichtigste Grundlage des sowjetischen militärischen Aufbaus besteht in der Führung der Streitkräfte durch die kommunistische Partei, in der Verstärkung der Rolle und des Einflusses der Parteioorganisationen der Armee und Flotte, in dem Zusammenschluss des Personalbestandes der Truppenteile und Schiffe um die Partei und die Regierung.» Mit dieser monolithischen These hat der Disziplinbegriff einen neugefärbten Inhalt bekommen. Es klingt in den Ohren: «Führer befiehlt, wir folgen dir!»

Die Neubewaffnung der Sowjetarmee

Der erwähnte Artikel der beiden Sowjetobersten befasst sich vor allem mit den Veränderungen, die in der letzten Zeit in Sowjetarmee und -flotte erfolgt sind. Die vom Zentralkomitee der Partei nach dem 22. Parteitag ausgearbeitete sowjetische Militärdoktrin kennzeichnet einen eventuellen Weltkrieg vor allem als Raketen- und Kernwaffenkrieg, in welchem die neuen Kampfmittel die Hauptrolle spielen werden. «Die gewaltige Wucht der mittels

Raketen erfolgenden Kernschläge erhebt die Raketenruppen gesetzmässig auf den ersten Platz», führen die beiden Autoren aus und fahren fort: «Eine der wichtigsten Thesen der sowjetischen Militärdoktrin ist ebenfalls die Feststellung, dass mit einer Teilstreitkraft, ganz gleich welcher Stärke, nicht alle Aufgaben des Krieges gelöst werden können. Der endgültige Sieg über den Gegner kann nur im Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen aller Teilstreitkräfte, im Ergebnis des koordinierten Einsatzes aller Kampfmittel errungen werden.»

Die strategischen Raketenruppen bilden heute den Kernpunkt der operativen Planung der Sowjets. Die hohe Qualität der russischen Raketen wird gelobt und der geneigte Leser erfährt, dass als theoretische Grundlage für die Ausarbeitung von Raketen aller Klassen die klassischen Werke der Raketenbautechnik K. E. Ziolkowskis — «des Begründers der modernen wissenschaftlichen Theorie des Raketenfluges» — gedient haben sollen. Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, dass mit den Weltraumflügen der sowjetischen Kosmonauten die UdSSR einen besonders sichtbaren Sprung nach vorn in der Vervollkommenheit der Raketen-technik vollzogen und die USA weit zurückgelassen habe. «Die sowjetischen Raketenruppen befinden sich im Zustand einer hohen Gefechtsbereitschaft. Sie sind zahlenmässig gewachsen und haben sich organisationsmässig gefestigt. Als Mittel des sowjetischen Oberkommandos kühlen sie wie eine kalte Dusche die überhitzten Köpfe der kriegslüsternden Generäle des aggressiven Nato-Blocks.» In ihrem Loblied auf die «friedenserhaltenden» sowjetischen Raketen zitieren die beiden Autoren den sowjetischen Verteidigungsminister, Marschall Malinowski, der neulich in einem «Prawda»-Interview ausführte, dass «wir mit einem Raketen- und Kernwaffenschlag in der Lage sind, beliebige Objekte, alle Industrie- und administrativen Zentren der USA vom Erdboden zu fegen und ganze Länder zu vernichten, die ihre Territorien für amerikanische Militärstützpunkte rund um die Sowjetunion und die andern sozialistischen Länder zur Verfügung gestellt haben.»

Unter diesem dominierenden Gesichtspunkt der Raketenstrategie beleuchtet der erwähnte Artikel auch die Entwicklung der konventionellen Streitkräfte. Ohne Zahlen zu nennen wird auf eine Reduktion der Landstreitkräfte hingewiesen, die durch die enorme Erhöhung der Feuerkraft möglich geworden sei. «Zum Beispiel ist die zahlenmässige Stärke einer modernen Motorschützendivision wesentlich geringer als die einer Division gegen Ende des grossen Vaterländischen Krieges. Aber dafür hat sich das Gewicht einer Salve dieser Division ohne Berücksichtigung der Raketenwaffe, um mehr als das Vierfache erhöht.» Auch die Rolle der Fliegertruppen bleibe — trotz der Raketen — im System der Streitkräfte eine grosse. Erneut wird der erstaunte Leser auf eine andere russische Erfindung hingewiesen: «In unserem Lande begann die Entwicklung der Fliegerei im Grunde genommen erst nach dem Siege der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution, obwohl das erste Flugzeug der Welt in Russland durch A. F. Moshaiski gebaut und erprobt wurde.» Aufschlussreich und nüchtern aggressiv wird anschliessend auf die Schlagkraft der sowjetischen Luft-

lande- und Helikoptertruppen hingewiesen und mit Nachdruck betont, dass im Verlaufe von Übungen die sowjetischen Transportfliegerkräfte über 100 000 Fallschirmjäger mitsamt ihrem schweren Material abgesetzt haben. «Im modernen Krieg werden die Transportfliegerkräfte eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung eines hohen Angriffstempos spielen.»

Wahlen

Nordkorea

Der Zwang zum Wahlgang

Ein Ereignis von historischer Bedeutung wird aus Nordkorea gemeldet. An den kürzlichen Wahlen haben 100 Prozent aller Stimmbürger teilgenommen und ausnahmslos den offiziellen Kandidaten gestimmt. Damit ist erstmals in der Geschichte von Volksabstimmungen diese Zahl erreicht worden. Den Rekord hielt bisher Albanien mit 99,997 Prozent; in der betreffenden Abstimmung hatten nämlich ganze sieben Stimmbürger den Gang zur Urne unterlassen.

Der nordkoreanische Berichterstatter ist sich offenbar nicht bewusst, welch vielsagender Einblick in die kommunistische Diktatur er mit dieser Nachricht gewährt. Ein Volk von Millionen Einwohnern kann ja gar nie freiwillig gleicher Meinung sein. Sowohl die Stimmbeteiligung als auch die ausschliessliche Stimmabgabe für die Kandidaten der einzigen Partei sind eine Persiflage der Demokratie. Sie beweisen, dass auf das Volk ein scharfer Zwang ausgeübt wird, dem sich auch die Schwerkranken, Gebrechlichen, Ortsabwesenden und vor allem die Gegner des Regimes zu unterziehen haben. In einem Land mit 9,6 Millionen Einwohnern wie Nordkorea sterben unvermeidlich viele Menschen jeden Tag. Wenn in einer mindestens einen Tag dauernden Abstimmung eine Stimmbeteiligung von 100 Prozent erreicht wird, so muss deshalb auch noch eine Wahlfälschung vorliegen.

Der Schnappschuss

In der Tschechoslowakei zirkuliert nach Tarantel-Press folgende Anekdote. In Prag unterhalten sich zwei Parteigenossen über die verdorbenen, amerikanisierten Jugendlichen.

«...und wie sie sprechen», schimpft der eine, «man hört nur noch 'show' und 'twist' und 'boy' und 'girl' und 'hello!'. Es ist zum Verzweifeln. Ich werde in der heutigen Parteiversammlung mal darüber sprechen.» «Okay!» stimmt der andere zu. «Wie bitte???» — «Ich wollte sagen 'charascho'». Bist du nun zufrieden?» — «Okay, Okay!»

*

Der Verwalter des platzarmen Zagreber Friedhofs «Mirogoj» wurde verhaftet, weil er nur gegen beträchtliche Schmiergelder der Angehörigen Bestattungen zulies und überdies vor der vorgeschriebenen Minimalzeit weniger einträgliche Gräber ausräumte.

*

Die Qualitätskontrolle ist schuld, dass Warschau während Monaten nur ein Viertel der benötigten Käsemenge hatte, während andere Städte genügend versorgt waren. Zu diesem Ergebnis gelangt «Trybuna Ludu» nach einer einleuchtenden Rechnung: Wer die geplanten Lieferungen

ausfallen lässt, wird mit zwei Prozent des Wertes der betreffenden Ware gebüsst, wer aber schlechtere Qualität bringt, als es die Kategorie des betreffenden Käses verlangte, muss 5 bis 15 Prozent des Warenwertes als Busse zahlen. Dank der Vorsorge für guten Käse habe man nun gar keinen, erklärt die Warschauer Zeitung und nennt das die «Paradoxa der Qualitätskontrolle».

*

Die dumpfe, zuweilen gar unbewusste Ablehnung der kommunistischen Diktatur macht sich bei den unterjochten Völkern auf den verschiedensten und mitunter abwegigen Gebieten bemerkbar. In Polen werden zum Beispiel die amerikanischen Zorro-Filme im Fernsehen gezeigt. Flugs erscheint der Z auf Mauern und Plakaten als Zeichen des Westertums. Und ein alter Warschauer taufte seinen Hund um, damit er ihn liebevoll Zorro rufen kann.

Partei

Ungarn

Ordonnanz Marosan

Mit Marosan ist in Ungarn ein Henker gestürzt worden, der seine Pflicht getan hat und gehen kann.

Vor sechs Jahren brach in Ungarn der Freiheitskampf aus und erfasste einer Grundwelle gleich das ganze Volk. Nur Parteifunktionäre und Geheimpolizisten duckten sich. Vor sechs Jahren brach in der freien Welt (und namentlich in der Schweiz) eine Welle der Sympathie zu diesen Kämpfern aus, die ihr Leben für die Freiheit einsetzten.

Imre Nagy übernahm die Macht. In seinem Kabinett befand sich Janos Kadar, der am 23. Oktober 1956 ausführte: «Wir wollen den Menschen den Glauben an den Sinn des Lebens, an die Freiheit zurückgeben. Wir wollen die Unabhängigkeit auch gegen die Sowjetunion sichern, wenn nötig durch die grössten Opfer.» Am 15. November erklärte er: «Wir wollen eine Mehrparteien-Regierung und saubere, ehrliche Wahlen. Niemand darf wegen Teilnahme an der Revolution verhaftet werden.»

Und am 6. Januar 1957 erliess Kadar sein Programm: «1. Die Stationierung von Sowjettruppen in Ungarn ist notwendig, um das Land vor möglichen imperialistischen Angriffen des Auslandes zu schützen. 2. Die ungarische Aussenpolitik basiert auf dem Bündnis der Sowjetunion und den andern sozialistischen Ländern. 3. Die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei muss im ganzen Land als einzig mögliche Sicherung gegen Faschismus und Kapitalismus wieder eingeführt werden. 4. Die demokratischen Rechte und die Freiheitsrechte werden nur jenen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen garantiert, die ehrlich zur Volksregierung stehen.» Und wieder war es Kadar, der im Juni 1958 die Ermordung von Imre Nagys, Pal Maleters und anderen führenden Freiheitskämpfer durch die Sowjets zulies.

Wie Kadar die Revolution verriet, so zerrät sie Marosan. Schon am 9. Dezember 1956 hatte der Staatsminister in einer Rede vor der Belegschaft der Maschinenfabrik Lang erklärt: «Ich bin genau so ein Landstreicher wie ihr. Ich habe in meinem Leben etwas gelernt — wie ihr. Ich habe Zeit meines Lebens den Adel und die Gebilde-

ten gehasst, weil es durchwegs verfluchte Taugenichtse von Konterrevolutionären sind. Und nichts wäre mir lieber, als sie am nächstbesten Baum an einem Strick aus ihren eigenen Eingeweiden baumeln zu sehen.»

In der Sporthalle Csepel hatte Marosan am 23. März 1957 zugegeben: «Nun, Genossen, hier vor euch steht der Mann, der in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober nicht um den Einsatz der Sowjettruppen gebeten, sondern ihn gefordert hat.»

Das war, wie gesagt, vor sechs Jahren. Inzwischen ist vieles vergessen und manches verziehen worden. Dank des Blutopfers von 1956 und dank des anhaltenden Kampfes in Ungarn selbst konnte eine leichte Besserung der Verhältnisse erzielt werden. Eben ist nun auch Marosan all seiner Funktionen enthoben worden.

Die ungarische Botschaft in der Schweiz fährt im alten Kurs weiter. Am letzten Samstag zeigte sie in Bern den Streifen «Die Militärmusik». Dieser Film ist eine klassenkämpferische Verfälschung des bekannten literarischen Werkes von Sandor Brody. Der Roman wandte sich gegen die Unsitte des Duellierens: die Ordonnanz eines Offiziers schiesst, um den Vorgesetzten zu retten, einen Arzt nieder, der als guter Schütze den Offizier im bevorstehenden Duell zu besiegen vermocht hätte.

Im kommunistischen Streifen überredet der Offizier seine Ordonnanz zum Mord am Arzt aus Spass; er werde ihm darnach helfen — lässt ihn aber sitzen und hört dann rauchend die Verurteilung des Untergebenen an.

Marosans Urteil erfolgte durch Kadar.

Politik

Algerien

Ben Bellas Weg zum Ostblock

Nach dem gut gelungenen Debut vor der Uno und dem Empfang bei Präsident Kennedy hat sich Ben Bella nach Kuba begeben, um dort in einer gemeinsamen Verlautbarung mit Fidel Castro die Räumung militärischer Stützpunkte auf fremdem Boden zu verlangen. Es hätte nicht der Erwähnung von Guantanamo bedurft, um die Spitze gegen die USA fühlbar werden zu lassen. Vom Neokolonialismus der Sowjetunion, die Hunderte von Millionen unterjocht und ihre Truppen im ganzen Satellitenraum stationiert hat, ist bezeichnenderweise nicht gesprochen worden.

Ben Bella ist damit in eine gefährliche Nähe des kommunistischen Blocks gelangt. Fidel Castro hat selber sein Bekenntnis zum Kommunismus verschwiegen, um nicht unnötig Widerstand im eigenen Volk zu verursachen, bis er fest im Sattel sass. Ähnliches mag Ben Bella vorschweben.

Das fast unauffaltsame Abgleiten des einmal freien Algeriens auf die kommunistische Linie ist hier längst vorausgesagt worden, auch die mutmassliche Bildung einer Union mit Mali und Guinea (KB vom 15. März 1961). Durch eine solche Entwicklung wird nicht nur die Kontrolle über das Erdöl der Sahara in die Hände des Ostblocks gelegt, sondern die Frage der Entwicklungspolitik in aller Grundsätzlichkeit aufgeworfen.

Curricula der Woche

MAROSAN GYÖRGY,

ungarischer Staatsminister, Politbüromitglied, Parteisekretär. Geb. 1908. Ausbildung als Bäckergehilfe, zeitweise Eintänzer in einem Nachtclub. 1927: Eintritt in die Sozialdemokratische Partei — 1946: SP-Abgeordneter im Parlament, verriet 1948 die SP an die Kommunisten; 1949: kommunistischer Minister für Leichtindustrie; 1950 als «Rechtsabweichler» verhaftet, eingekerkert bis 1954. Rehabilitierung 1956. Nach der sowjetischen Aggression (4. 11. 1956) Staatsminister im Kabinett Kadar. Wurde im Revolutionsjahr besonders bekannt durch seine Erklärung: «Die Regierung wird vor der Hinrichtung von 10 000 Menschen nicht zurückschrecken, falls dies zur Herstellung der Ordnung notwendig ist.» Galt als Mitarbeiter und doch Gegenspieler Kadars, weil «Kadar nicht genug radikal» sei. Intellektuellenhasser. Wurde im Oktober 1962 aller Ämter enthoben, behielt jedoch die KP-Mitgliedschaft.

MOHAMMED BEN BELLA

Ministerpräsident

der ersten algerischen Regierung

Geboren 1909 in Marnia bei Oran. Sohn eines Geschäftsmannes marokkanischen Ursprungs. Schule in Tlemcen. Diente in der französischen Armee während des Zweiten Weltkrieges. 1945 Adjutant; wurde mehrfach ausgezeichnet. Gewählt in den Stadtrat von Marnia 1946, auf der Liste des Mouvement pour le Triomphe des Libertés Démocratiques. 1949 übernimmt er die Leitung einer «Organisation Setrète», welche 1800 Mitglieder zählt. Verhaftet in Algier 1950. März 1952 wird er zu sieben Jahren Einkerkerung verurteilt. Nach fünf Tagen entweicht er, versteckt sich zuerst in Algerien, flieht dann nach Frankreich und nach Kairo. November 1954: Ausbruch des offenen Aufstandes gegen Frankreich; er nimmt aktiven Anteil am Befreiungskampf. November 1956 wird sein Flugzeug, von Marokko kommend, über algerischem Gebiet zur Landung gezwungen; er wird dabei verhaftet. Am 18. März 1962, nach der Unterzeichnung des Abkommens von Evian, wird er freigelassen. Kehrt nach Rabat zurück; dann nach Tunis und Tripoli. Zahlreiche Reisen nach dem Nahen Osten. Besucht die FLN-Soldaten an den Grenzen Algeriens. 2. Juli: Unabhängigkeit Algeriens. Konflikt zwischen Ben Bella und dem GPRA. Ben Bella bekämpft den Beschluss des GPRA, Oberst Boumedienne und die Kommandanten Mendjili und Slimane zu entlassen. Mehrere Wochen lang befindet sich Algerien am Rande der Anarchie. Am 3. August zieht Ben Bella in Algier ein. Unruhen zwischen den verschiedenen Willayas bis zum 10. September. Am 20. September: Wahlen für die Nationalversammlung. 27. September: Ben Bella wird zum ersten algerischen Ministerpräsidenten gewählt. Intelligenter und einsatzbereiter aber auch risikofreudiger Aktivist, der sich zur Rückeroberung seiner Macht der Unterstützung des Ostblocks bedient.

Unser Memo

Die Entwicklungsförderung ist eine der grossen Aufgaben unseres Jahrhunderts. Es gilt, den aufstrebenden Völkern Asiens, Afrikas und auch Südamerikas würdige Verhältnisse zu sichern. Dazu ist Geld, aber beileibe nicht nur Geld nötig. Die geistige Hilfe, die menschliche Anteilnahme, das tiefere Verständnis um die Entwicklungsprobleme sind ebenso wichtige Voraussetzungen. Auf dem Wege der Begegnung von Mensch zu Mensch und von Gruppe zu Gruppe können diese Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Entwicklungsänderung kommt zweifellos auch eine politische Bedeutung zu. Das ist bedauerlich, aber unvermeidlich. Zwischen Ost und West besteht ein Machtgleichgewicht. Wenn der Herrschaftsanspruch des Kommunismus verwirklicht werden soll — dieses Ziel besteht nach wie vor — so muss das Uebergewicht durch einen Machtzuwachs ausserhalb der beiden Blöcke gesucht werden. Auf diese Weise ist die «dritte Welt», mit über 40 Prozent der Weltbevölkerung, zum Objekt des politischen Einsatzes geworden.

Dieser politische Einsatz geht auf kommunistische Bestrebungen zurück. Lenin hat Jahre und Jahrzehnte vor der freien Welt die politische Bedeutung der ehemaligen Kolonien erkannt. Schon 1920 schrieb er: «Der Ausgang des Kampfes hängt in letzter Instanz davon ab, dass Russland, China, Indien usw. die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde stellen.» Damit wurde das Ziel gesetzt, diese Bevölkerung zu erobern, durch Agitation und Propaganda zunächst, schliesslich aber durch Wirtschaftshilfe. Schuld an dieser Politisierung der Entwicklungsförderung ist demnach der Ostblock.

Die kommunistische Propaganda stösst auf vielerlei Wege vor; sie ist schlau wie die Schlange, stark wie der Büffel, sprungbereit wie der Tiger, aber auch schillernd wie das Chamäleon. Sie bedarf mancher Tarnungen und Etiketten, um wirksam zu sein. Sie sollte auch aus dem West selbst kommen, um den Eindruck zu verstärken, als sei der Kommunismus in der ganzen Welt auf dem Vormarsch. Eine Illustration hierzu vermittelt ein Vorfall, der sich kürzlich in Le Locle ereignet hat.

Um die Begegnung des Afrikaners mit dem Europäer zu ermöglichen, sind Patenschaften und freundschaftliche Zusammenschlüsse auch zwischen Dörfern und Städten geeignete Mittel. Zu diesem Zwecke ist bereits eine

Organisation mit Sitz in Frankreich gegründet worden, die sich Fédération Mondiale des Ville Jumelées (FMVJ), also etwa Weltföderation der Zwillingsstädte nennt. Sie bringt unter anderen afrikanische mit europäischen Städten zusammen, damit durch Austausch, Ausstellungen, Besuche und Hilfe das gegenseitige Verständnis gefördert werde. In diesem Sinne hat sich kürzlich Le Locle mit der senegalesischen Stadt Kaolack zusammengeschlossen.

So weit, so gut. Die «Jumelage» zwischen Le Locle und Kaolack wurde am 22. September von André Socié, Bürgermeister von Champagnol in Frankreich, präsentiert, der seinen Hass auf die EWG nicht zügeln kann. Ihm zur Seite befand sich Herr Blondeau aus dem benachbarten Pontarlier, Kommunist, Senatskandidat, Präsident eines Filmklubs, der russische Filme aufführt. Die FMVJ soll einer französischen Organisation von Widerstandskämpfern nahestehen. Dass die betreffende Organisation von Kommunisten durchsetzt ist, versteht sich von selbst.

Die Verbrüderungszeremonie besteht jeweils im Bekenntnis der entsprechenden Bürgermeister zu den Grundsätzen der FMVJ.

Einer der Grundsätze lautet, dass ein solcher Zusammenschluss ausschliesslich unter dem Patronat der FMVJ vorgenommen werden könne. Wer beschreibt das Staunen der Teilnehmer, als von den Bürgermeistern von Kaolack und Le Locle, der erstere, Valdiodio N'Diaye, mehr Sinn für Freiheit und Unabhängigkeit bewies? Er schloss diese Monopolansprüche der FMVJ ausdrücklich aus; er wolle sich keiner Partei anschliessen, und die Jumelage bleibe Angelegenheit freier Entscheidung. Das sind Worte, die man im Hinblick auf die kommunistische Unterwanderung der Organisation eigentlich auch vom Bürgermeister von Le Locle erwartet hätte.

Wenn man bedenkt, dass diese Verbrüderungszeremonie vom 22. September in Locle einen ähnlichen Vorgang vom 23. April in Kaolack folgt, welcher letzterer aber ausserhalb der FMVJ organisiert worden war, so merkt man die Absicht und wird verstimmt. Die FMVJ ist eine geschickt getarnte, kommunistische Organisation, die Kaolack nicht so sehr die Begegnung mit Le Locle, als jene mit der kommunistischen Ideologie ermöglichen soll. In geschickten, kaum merklichen Dosierungen allerdings.

Menschliches – Allzumenschliches

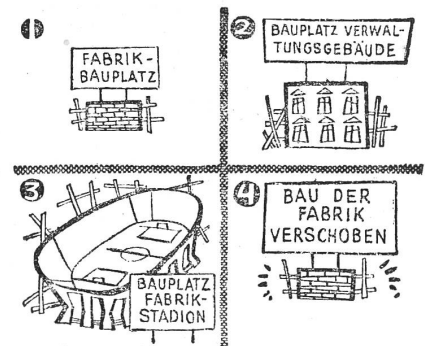
Jugoslawien hat seine Sorgen. Sie ergeben sich aus dem Versuch, die totalitäre Diktatur etwas zu lockern. Das schafft besondere Probleme.

Beim Bestreben, den Lebensstandard etwas zu heben, stiegen die Importe rasch an. Das brachte die Zahlungsbilanz ins Schwanken. Die Devisenreserve verflüchtigte sich trotz westlicher Kredite. Also musste, wie die Zeitung «Jesh» anschaulich darstellt, ein Richtungswechsel vollzogen werden. Die neue Parole lautet: Exportankurbelung und Importdrosselung.

Auch Jugoslawien hat seine Bausorgen. Die Bautätigkeit folgt nicht der offiziellen Dringlichkeitsskala. Das geisselt die «Borba» mit ihrer Karikatur. Die Mittel für einen Fabrikneubau werden vorerst zur Errichtung eines Verwaltungsgebäudes verwendet. Man sieht, dass das Parkin-

nommen wird. Der Nachbar des Hauses, in dem die Parteibüros untergebracht sind, ruft dem Besucher zu: «Klopfen Sie nur ruhig am Fenster: sie schlafen oft».

EINHEIMISCHE SPEZIALITÄT



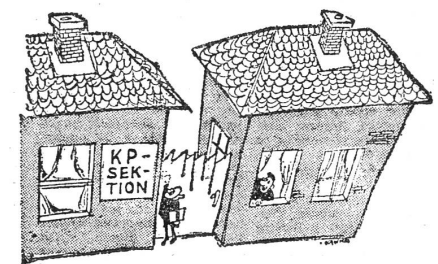
Auf diese Weise werden die kleinen Unzulänglichkeiten im kommunistischen Alltag getadelt. Sie sind bar jeder Tragik. Aber sie zeigen, dass die menschlichen Schwächen auch der kommunistischen Diktatur zu schaffen machen, die ihnen jedoch viel weniger Rechnung zu tragen vermag.

Der «kommunistische Mensch» ist noch nicht geboren und wird sich nur mit Zwang durch die völlige Nivellierung formen lassen. Dieser «neue Mensch» muss nämlich seine persönlichen Anliegen und Wünsche dem Kollektiv dauernd unterordnen.



sonsche Gesetz keine Grenzen kennt. Was übrig blieb, benützte man zum Bau eines Sportstadions, das man mit der Fabrik in Verbindung zu bringen versucht. Nun hätten die Arbeiter ihren Sportplatz — aber keinen Arbeitsplatz. Denn zum Bau der Fabrik langte es nicht mehr.

Dieses Nachlassen in den Bemühungen geht nicht zuletzt auf die Nachlässigkeiten der Parteifunktionäre zurück, wie sie ebenfalls durch die «Borba» aufs Korn ge-



Die offene chinesische Aggression gegen Indien, die nicht zuletzt die Sowjetunion in die unangenehme Klemme brachte, entweder die Solidarität mit dem «sozialistischen Partner» oder die «Freundschaft» mit Indien zu verleugnen, ist durch die amerikanischen Blockademassnahmen gegen Kuba überschattet worden. Beim chinesischen Angriff handelt es sich (nach leninistischer Terminologie) um eine imperialistische Aktion, nämlich territoriale Annektionen einer Nation. Die amerikanische Kontrolle über die Rüstungseinfuhr nach Kuba hat defensiven Charakter: Schutz vor dem sowjetischen Raketenstützpunkt auf der Insel. Die Reaktion der Weltöffentlichkeit ist in beiden Fällen voraussehbar: Rückkehr zur Tagesordnung nach dem fait accompli der chinesischen Okkupationen einerseits, Diskreditierung der amerikanischen «Hysterie» andererseits. Es fehlt im Westen immer noch an der propagandistischen Vorbereitung.